



NEIN ZUR WEHR- PFLICHT!

Wiedereinführung

„Neuer Wehrdienst“, „Freiheitsdienst“, „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“ oder „Losverfahren“ – in den letzten Monaten gab es eine regelrechte Wortschlacht aus allen Parteien, wie man es denn nun nennen soll. Doch Fakt ist: Es geht um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und darum, die Jugend in den Krieg zu zwingen.

Bundeskanzler Merz hat es klar gesagt: „Es wird bei Freiwilligkeit allein nicht bleiben.“ Auch der Gesetzentwurf zeigt: Es geht um die Pflicht. Die Bundesregierung will sich mit dem Gesetzentwurf ermächtigen, die Wehrpflicht per einfacher Rechtsverordnung wieder einzuführen – feste Kriterien dafür gibt es nicht.

Arbeiterjugend als Kanonenfutter

Viele junge Menschen fragen sich zu Recht: Warum soll ich zum Kriegsdienst gezwungen werden? Der Gesetzent-

wurf erklärt, es gehe um eine angebliche Bedrohung aus Russland. Dass das Unsinn ist, zeigt ein Kräftevergleich zwischen der NATO und Russland: Selbst ohne die USA sind die europäischen NATO-Staaten Russland in fast allen Bereichen überlegen. Selbst die US-Geheimdienste sagen, dass es keine Hinweise darauf gibt, dass Russland die NATO angreifen wolle. Es geht nicht um Verteidigung, sondern um Kriegsfähigkeit, die Deutschlands dritten Anlauf zur Weltmacht nach zwei Weltkriegen absichern soll.

Die Wehrpflicht dient gleich zwei Zielen: Zum einen soll sie genügend Soldaten bereitstellen – als Kanonenfutter für das Führen eines großen Krieges. Zum anderen soll so die Formierung der Gesellschaft zum Krieg vorangetrieben werden. Der Dienst in der Armee soll normalisiert werden und so die Bundeswehr weiter „in die Mitte der Gesellschaft“ gerückt.

Gleichzeitig wird klar gemacht: Wer nicht freiwillig bei Hochrüstung und Krieg mitmacht, wird gezwungen.

Argumente gegen die Wehrpflicht

Die Bundeswehr ist kein „normaler“ Arbeitgeber. Der Dienst an der Waffe dient den Interessen der deutschen Banken und Konzerne. Viele Jugendliche suchen vergeblich nach einem passenden Ausbil-





Foto: Vincent Czesla

dungsplatz. Die Bundeswehr nutzt diese Situation und bietet Berufs- und Karrierechancen für den Dienst an der Waffe. Hier geht es nicht um die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, sondern darum Arbeiterjugendliche als Kanonenfutter zu gewinnen. Mit der Wehrpflicht sollen Jugendliche in Kasernen zu Drill und Gehorsam erzogen und ‚kriegstüchtig‘ gemacht werden. Drill und Gehorsam überdecken Mobbing, sexualisierte Gewalt und psychische Folgen. Faschistische Waffennarren können sich innerhalb der Bundeswehr vernetzen.

Wehrpflicht ist lebensgefährlich:

Wer in Deutschland nur einen Tag in der Armee war, kann bis zum 65. Lebensjahr als Reservist eingezogen werden. Bis zu sechs Jahre nach dem Dienst kann man jederzeit zurückbeordert werden. Für Jugendliche, die 2026 zum Kriegsdienst gezwungen würden,

bedeutet das: bis 2032 jederzeit zurückbeordert werden zu können und bis 2073 als Reservist eingezogen zu werden. Angesichts von Aussagen zur „Kriegstüchtigkeit“ bis 2029 und Schätzungen von mindestens 1.000 Verletzten pro Tag im Falle eines Krieges bedeutet die Wehrpflicht für junge Menschen konkrete Gefahr für Leib und Leben.

Was tun gegen die Wehrpflicht?

Aktiv werden: Wir haben jetzt die Chance, die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu verhindern. In über 30 Städten haben sich bereits „Nein zur Wehrpflicht“-Bündnisse gegründet. Jugendliche aus Gewerkschaften und Kirchen, Pfadfindergruppen, SDAJ, Linksjugend [solid], Jusos und Grüne Jugend – teils in Opposition zu ihren Parteien – diskutieren, wie die Wehrpflicht verhindert werden kann, planen Aktionen und organisieren Protest.

Keine Panik: Sobald ein Fragebogen für 18-Jährige zuhause im Briefkasten liegt, gilt: Ruhe bewahren! Die Regierung möchte damit Auskunft über die „Kriegstüchtigkeit“ erzwingen und droht damit, dass das falsche Ausfüllen oder Nichtausfüllen als Ordnungswidrigkeit geahndet wird. Wichtig ist zu wissen, dass der Absender beweisen muss, dass der Brief bei Dir angekommen ist (z.B. per Einschreiben).

Kriegsdienst verweigern:

Schon jetzt steigen die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer. Wenn wir den Kriegsdienst massenhaft verweigern – und zwar nicht allein, sondern gemeinsam mit der ganzen Klasse, der Nachbarschaft oder dem Freundeskreis – machen wir deutlich: Wir sterben nicht für ihren Krieg! Gleichzeitig verhindern wir so, dass die Bundesregierung genug Soldaten zusammenbekommt, um einen großen Krieg zu führen.



Jetzt unterschreiben!

www.openpetition.de/!neinzurwehrpflicht

DKP SDAJ